



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

F., G.: Für die nationale Partei.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Für die nationale Partei.

Im Aufgang eines neuen Jahres denken wir zuerst der Arbeit, welche dem Deutschen für seinen Staat Noth thut. Selten ist der Nation in diesem Jahrhundert zu Theil geworden, daß große Fortschritte im Staatsleben durch freiwilligen Entschluß und vorsorgliche Gedanken der Regierungen begonnen wurden. Lange Jahre blieb der Zollverein fast die einzige Schöpfung, welche aus freier Initiative einer großen Regierung hervorgegangen war. Kaum darf man die Verfassungen der kleineren Staaten zu solchen Geschenken rechnen, denn auch wo die Regierung einem freiwilligen Versprechen durch Verleihung der Urkunde nachkam, war fast überall ein hartnäckiger Kampf mit dynastischen Gewohnheiten und Beamtenherrschaftsucht nöthig, um die Rechtsformen zu lebendiger Wirksamkeit zu bringen. In ihrem Schutze rang eine ganze Generation mühselig darnach, die alte Polizeiwillkür, Censur, Inquisitionsproceß, tyrannische Bevormundung des Geschäftsverkehrs zu beseitigen. Erst der Sturm von 1848 gab in dem größten Theile Deutschlands dem Volk einen immerhin ungenügenden Antheil an der Gesetzgebung und an Controle der Staatsverwaltung.

Was Wunder, daß dem Deutschen das entschlossene Auftreten Preußens im Jahre 1866, die Gründung des neuen Bundesstaats unter dem Zwang glorreicher Siege, als Beginn einer neuen Zeit erschien, wo die erste Regierung Deutschlands selbstwillig und mit eigener Einsicht Alles vollbringen werde, was die Besten der Nation seit zwei Jahrzehnten ersehnt und gefordert. Daß König Wilhelm über das Schlachtfeld zur Verfolgung des Feindes ritt, daß Graf Bismarck die Kriegscontributionen und Bündnisse dictirte, die Vergrößerung Preußens und die Grenzen seines Bundesstaates festsetzte, das erfüllte Viele mit einem Vertrauen zu mannhaftem Willen und Viele mit einer Scheu vor überlegenem Willen, welche den Deutschen ganz neu waren. Unter dem Zauber großer Erfolge und staatsmännischer Klugheit eines Mannes verbreitete sich die geheime Zuversicht, daß die höhere Einsicht und der Patriotismus eines Einzelnen mehr dauernden Werth habe, als die Anläufe und Bestrebungen von zwei Generationen deutscher Patrioten.

Wir haben nicht die Absicht, die Bedeutung herabzusetzen, welche die Grenzboten I. 1870.

Leiter der Bundespolitik für die Nation gewonnen haben. Es gibt wohl kein Blatt in Deutschland, welches freudiger als wir das Gute empfindet, das sie uns bereitet. Nur an eines möchten wir vorsichtig erinnern. Es ist wahr, daß alle großen Reformen im Leben einer Nation, wenn sie von Tausenden als Bedürfnis erkannt und geheißt sind, den Durchgang durch die Seele eines Mannes nehmen, welcher, die Machtmittel fest in der Hand haltend, den schwebenden Gedanken geschlossenen Willen zusetzt. Es ist auch ganz in der Ordnung, daß solchem Einzelnen, der zur That verdrichtet, was vorher Sehnsucht, Wunsch, Bedürfnis war, der Ruhm und die Verantwortung für das Gewordene zufallen. Aber ebenso wahr ist, daß jeder That des Einzelnen auch viel Unfertiges und Individuelles, Beschränktes und Zufälliges anhängt, was wieder nur durch die unablässigen Correcturen beseitigt werden kann, welche die Arbeit Vieler, die angestrengte Thätigkeit der ganzen Nation dazu bringt. Was der Held allein erdacht, ob Luther, Cromwell, Friedrich II., Napoleon, dauert, soweit es den Stempel des Persönlichen bewahrt, selten über sein eigenes Wirken hinaus, und der Segen seines Thuns wird späteren Geschlechtern vielleicht nur aus den Früchten deutlich, die seine Gegner gewinnen. Es war das Größte und Dauerhafteste an Washington, daß der bescheidene Mann nicht unternahm, den neuen Staat selbstwillig zu gestalten.

Wie die Wellen starkbewegter See steigen und sinken alljährlich die Tagesstimmungen, mit denen der Deutsche seinen Bundesstaat betrachtet. In den ersten Monaten des Jahres die Wirkung des Reichstages, neue Gesetzentwürfe, entschlossene Worte von der Tribüne und dem Ministertische. In der zweiten Hälfte müßige Sommerzeit, im Herbst die Landtage der Einzelstaaten und häufige Erinnerung daran, daß Deutschland noch lange nicht einig ist und daß überall feindliche Tendenzen gegen den Bundesstaat wirken und alljährlich dreister heraustreten. Das Gefühl, wie ungenügend die neue Maschine arbeitet, ist seit dem letzten Sommer durch die lange Abwesenheit des Bundeskanzlers gesteigert worden. Nicht allein dadurch. Der Mangel an einer Executive im Bunde wird nothwendig empfindlicher, je größer die Anzahl der wohlthätigen Verkehrsgesetze ist, welche durch Bundesrath und Reichstag vereinbart den einzelnen Staaten zur Ausführung überlassen werden. Es ist nicht Mecklenburg allein, wo die Reichsgesetze in der Ausführung leise gedeutet und gebogen werden, und zuweilen in Gefahr sind, papierene Paragraphen zu bleiben. Die Einzelstaaten haben sich mit dem Bunde eingerichtet und die Scheu abgeneigter Behörden vor einer Gesetzgebung, welche durch keine entsprechende Bundesgewalt behütet wird, ist gering geworden; Beschwerden Einzelner über Ungesetzlichkeiten der Staatsregierungen müssen im Wege diplomatischer Verhandlungen erledigt werden. Da wird vielleicht

einmal durchgegriffen, vielleicht auch den besondern Verhältnissen rücksichtsvolle Rechnung getragen, — das ist halbe Ordnung, welche zu Unordnung und Insubordination hinüberführt.

Auch nach anderer Richtung wird der Bundeskanzler seine Thätigkeit erschwert finden; nicht nur in den kleineren Staaten, in Preußen selbst hat seine Entfernung von dem Mittelpunkt der Geschäfte abgeneigte Bestrebungen gekräftigt. Es besteht dort eine einflußreiche Junkerpartei, welcher die ganze Bundeswirthschaft unbehaglich ist, ihr scheint durch die theoretische Einheit des Bundesheeres und die Verträge mit den süddeutschen Staaten alles für Preußen wünschenswerthe erreicht. Sie denuncirt das Bundespräsidium Preußens als eine republikanische Neuerung und verkündet die Lehre, daß die alte Monarchie Preußen nur gedeihen könne, wenn man den Apparat der Kammern und des Reichstags bedeutungslos mache; dies sei möglich, sobald man mit den bestehenden Steuern und Matrikularbeiträgen sparsam Haushalte, jedes Deficit vermeide, im Uebrigen dem Liberalismus keine Zugeständnisse bewillige.

Die Reaction für Selbstständigkeit der einzelnen Staaten weist mit einiger Berechtigung auf das Mißbehagen und die Verwirrung hin, welche durch die Bundesregierung in Administration, Finanzen und Verfassungen der Einzelstaaten gekommen ist. Es gehört starke Hoffnung auf die Lebensfähigkeit des Bundes und viel guter und hundertstreuer Wille dazu, dieses unablässige Gegenspiel der Interessen auf die Länge geduldig zu tragen, ja sich der fortgesetzten Verminderung localer Selbstständigkeit zu freuen. Natürlich ist die Störung in Preußen am peinlichsten, und es ist gar nicht unmöglich, daß dort am ersten das zwiespältige Regiment als ein Fundamentalleiden gefühlt und die Abänderung am heftigsten gefordert werden wird. Der Deutsche ist ein ordentlicher und logischer Mann und erträgt ungerne undeutliches, getheiltes Wesen. Zum Ueberfluß vereint sich damit der Stolz der regierenden Familien. Es ist nicht unnütz, daran zu erinnern, daß wir eingerichtet haben, was noch nie und nirgends möglich war, einen Bundesstaat monarchisch regierter Staaten, und zwar mit stolzen Familien, welche durch ihre Familienpolitik bereits das heilige römische Reich gesprengt haben und den Bund der heiligen Allianz nur deshalb ertrugen, weil er sie gegen die eigenen Völker vertrat. Wir Deutsche machen ein völlig neues Experiment, und bei aller Hochachtung vor der Bundesstreue der regierenden Dynastien darf man doch die Behauptung wagen, daß diese moderne politische Bildung erst möglich wurde, seit Preußen eine Größe erlangt hat, welche den Widerstand hoffnungslos macht, und daß der Bund nur so lange in der Staatenfamilie dauern wird, als diese Hoffnungslosigkeit besteht, d. h. so lange als die Interessen der Bevölkerung gebieterisch an dem Bunde halten, und so lange als nicht eine

Uebermacht auswärtiger Feinde den Dynastien völlige Souveränität in Aussicht stellt. Aber um die Bevölkerungen zu gewinnen, regiert der Bund zu wenig; denn über Ausführung seiner Gesetze wachen die Einzelstaaten, das Heerwesen der größeren ist selbstständig geblieben, Bundesposten und Telegraphen genügen nicht, die Macht des Bundes in die Seelen zu drücken. Und deshalb vermögen wir trotz der erfreulichen Fortschritte, welche die Gesetzgebung des Bundes im letzten Jahre gemacht hat, die Besorgniß nicht fernzuhalten, daß die Festigkeit des Bundes nicht verhältnißmäßig zugenommen hat, im Gegentheil geringer wurde; und daß für Preußen und die Zukunft des Bundes eine Krisis herannahet, wenn nicht zunächst die verfassungsmäßige Herrschaft der Bundesgewalt strict und consequent durchgeführt und demnächst die Organe geschaffen werden, durch welche eine geordnete Bundesregierung möglich wird.

So ist die Zeit gekommen, wo die Mitglieder der nationalen Partei alle Ursache haben, unter einander engeren Anschluß und gemeinsames Handeln zu suchen. Eine Agitation durch die Presse, wie sie zeitweise wohl versucht wurde, ist gar nicht, was in erster Linie nöthig wird. Die Presse thut im Ganzen völlig ihre Pflicht. Dagegen dauert der große Uebelstand, daß die parlamentarischen Vertreter viel zu wenig, zu unvollständig und zufällig von dem unterrichtet werden, was in den einzelnen Regierungen und Landschaften vorgeht. So lange der Bund keine Executive besitzt, müssen die Nationalen vor dem Reichstage, den Commissarien und der Bundesgewalt die unermüdlichen und thätigen Sachwalter der Verfassung und die Ankläger jedes Uebergrißes der einzelnen Regierungen werden. Sie müssen dazu mit regelmäßigen Berichten über die Stimmungen und das Parteitreiben in den einzelnen Landschaften, so wie mit zuverlässigen und prompten Berichten über alle Vorfälle, welche Veranlassung zu Correcturen geben, versehen sein. Dafür ist nöthig, daß einer der Führer in Berlin mit den Mitteln und der Muße ausgestattet werde, auch äußerlich die Partei zu repräsentiren. Ihm zur Seite ein gut bezahltes Bureau mit geordneter Thätigkeit und wieder in allen größeren Städten und überall in den Landkreisen Vereine der Parteigenossen, deren Geschäftsführer rechtsverständige Mitglieder sind, welche die Correspondenz besorgen, die Berichte einsenden, im Nothfall die nöthigen Ermittlungen anstellen. Man versuche diese Einrichtung und man wird den Vortheil nach wenig Wochen erkennen.

Eine solche Vereinigung wird den Machthabern zuweilen lästig erscheinen, sie wird dem Land in Wahrheit eine wesentliche Hilfe sein, die Mitglieder des Reichstages aber zu wohlunterrichteten Vertretern der nationalen Wünsche machen. Daß sie bald und völlig ins Leben trete, ist unser Neujahrswunsch.

G. F.